



Beschluss über eine pro-europäische Positionierung der Deutschen Wanderjugend.

Auf Grund der immer lauter werdenden antieuropäischen Stimmen in Europa und im Hinblick auf die Europawahlen im Mai 2019 und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 bekennt sich die Bundesdelegiertenversammlung 2019 der Deutschen Wanderjugend klar zu Europa.

Grundlage dieser Positionierung sind Auszüge aus dem Positionspapier „Europa braucht uns – Wir brauchen Europa“, das der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) auf seiner Vollversammlung am 26. und 27. Oktober 2018 in Dresden einstimmig beschlossen hat.

Europa ist für uns junge Menschen kein Projekt mehr, sondern eine Lebensrealität. Wir haben eine gemeinsame Währung, können frei reisen und arbeiten, begegnen uns und schließen Freundschaften. Dafür brauchen wir auch weiterhin ein starkes, demokratisches und solidarisches Europa. Wir haben der europäischen Integration viel zu verdanken, haben hohe Erwartungen an eine gemeinsame Zukunft und stehen deshalb zusammen für Europa ein.

Es ist höchste Zeit, sich laut und pro-europäisch zu positionieren für:

- ein demokratisches Europa
- ein jugendgerechtes Europa
- ein investierendes Europa
- ein soziales und gerechtes Europa
- ein nachhaltig entwickeltes Europa
- ein offenes und mobiles Europa
- ein weltoffenes und solidarisches Europa
- ein in Vielfalt geeintes Europa

Die im Lissabon-Vertrag verankerten europäischen Grundwerte müssen wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nicht-Diskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Dazu gehört auch junge Menschen in Europa Mitbestimmung zu ermöglichen. In Entscheidungsprozesse eingebunden zu sein, setzt voraus, dass junge Menschen bereits früh an Wahlen als zentralem Beteiligungsprozess unserer demokratischen Gesellschaft einbezogen werden. Wir fordern, dass Kindern und Jugendlichen in Europa die Möglichkeit gegeben wird, wählen gehen zu können. In Europa wählen zu dürfen soll sowohl für Menschen mit europäischer Staatsbürgerschaft als auch für Menschen mit Lebensmittelpunkt (bestimmbar beispielsweise über den Hauptwohnsitz) in Europa möglich sein.

Nicht zuletzt in der manipulativen Kampagne nationalistischer Parteien zum Brexit-Referendum wurde deutlich, wie sich auch die Jugend zusehends von Parteienpolitik entfremdet. Parteien sind weder inhaltlich noch strukturell jugendfreundlich und erlauben kaum die Partizipation junger Menschen. Insbesondere für junge Frauen ist es schwierig, innerhalb der Parteien aufzusteigen. Es sind nur 0,5 Prozent der Europa-

Abgeordneten unter 30 Jahre alt. Zusätzlich fordern die wenigsten Parteien Verbesserungen in der Jugendpolitik. Beides muss sich ändern. Parteien sind Fundamente der Demokratie. Dazu braucht es aber eine generationengerechte innerparteiliche Demokratie: Jugendpolitik muss strukturell und ressortübergreifend mitgedacht und proaktiv organisiert werden.

Besonders junge Menschen wollen die Zukunft Europas mitgestalten. Wir erwarten von der europäischen Politik und den europäischen Parteien, dass sie ihrer Verantwortung hierfür gerecht werden und entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Junge Menschen sind Expert*innen ihres eigenen Lebens und sind deshalb für die Zukunft Europas entscheidend. Menschen unter 30 Jahren gehören zur ersten Generation, die mit der EU aufgewachsen sind. Das hat Konsequenzen auf die Perspektive, mit der junge Menschen im Gegensatz zu älteren Generationen auf die EU schauen. Europäische Politik ist Zukunftspolitik, sie betrifft deshalb junge Menschen besonders stark.

Als strategischer Rahmen muss die EU-Jugendstrategie die Jugendpolitik strukturell und ressortübergreifend stärken. Ziel muss es sein, in Verbindung mit den Förderprogrammen die Lebenssituation junger Menschen zu verbessern. Partizipation, Verbindlichkeit und gutes Monitoring sind wichtige Faktoren für ein Gelingen der Jugendstrategie. Als ein Instrument zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie muss der EU-Jugenddialog (Fortführung des Strukturierten Dialogs) Wirkung entfalten: Die EU-Jugendziele (EU Youth Goals) sind eine einmalige Gelegenheit, die Arbeit von und den Dialog mit jungen Menschen in die EU-Politik einfließen zu lassen. Es braucht einen konstanten und starken Dialog zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträger_innen, kein allgemeines Abfragen von Meinungen.

Europa kann nur gelingen, wenn möglichst viele daran mitwirken und sich an der Europa-Debatte beteiligen. Zivilgesellschaftliche Akteure wie Jugendverbände und -ringe bringen sich ein. Die Bundesregierung muss ernsthafte Angebote zur Mitgestaltung der Zukunft Europas machen. Die von der Europäischen Kommission und der Bundesregierung initiierten Bürger_innen-Dialoge und der Strukturierte Dialog innerhalb der EU-Jugendstrategie sind erste gute Schritte. Es muss aber für die Menschen, insbesondere für junge Menschen, transparent sein, was sich durch ihren Input ändert. Aus der Erfahrung mit dem Strukturierten Dialog haben wir an den Anforderungskriterien für die Bürger_innen-Dialoge der Europäischen Bewegung Deutschlands mitgearbeitet: Besonders wichtig sind dabei regionale Ausgewogenheit, eine klare Zielsetzung und die Rückkoppelung der Ergebnisse.

Jugendverbände bringen junge Menschen zusammen und sind Orte gelebter Demokratie. Deshalb sind sie prädestiniert dafür, die Gesellschaft und Europa mitzugestalten. Es braucht gemeinsame Entscheidungsstrukturen auf europäischer und nationaler Ebene unter anderem in der europäischen Jugendpolitik und Förderung: Die Möglichkeiten des Co-Managements beim Erarbeiten und Beurteilen der jugendpolitischen Zusammenarbeit auf EU-Ebene sowie bei der Vergabe von Fördermitteln sollte auf europäischer Ebene zeitnah getestet werden. Zudem braucht es weitere Maßnahmen, um europäische Politik jugendgerechter zu gestalten: Wir setzen uns für einen Jugend-Check auf europäischer Ebene ein, welcher verbindlich verankert und ressortübergreifend angewendet wird.

Europa braucht finanziell eine Neuausrichtung: Als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte die Sparpolitik gerade in den südlichen Ländern und besonders bei jungen Menschen katastrophale Konsequenzen. Sie haben für die Fehler der Banken und der Politik bezahlt. Unser Europa – wie wir es hier beschreiben – garantiert allen Menschen ein Leben in Würde ohne Armut und sozialer Exklusion, es respektiert Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Dafür braucht es EU-Investitionen und keine Kürzung der so wichtigen Ausgaben in Bildung, Kultur, Soziales und Jugendpolitik. Deshalb setzen wir uns für einen demokratisch und rechtsstaatlich kontrollierten EU-Investitionsfonds beispielsweise für Bildung und Forschung ein.

Die EU kann nur erfolgreich sein, wenn neben der wirtschaftlichen Integration auch gemeinsame sozialpolitische Mindeststandards gesetzt werden. Nur so können der soziale Zusammenhalt und die Chancengerechtigkeit in Europa gestärkt werden. Solidarität zwischen Menschen und Mitgliedstaaten muss eine europäische Priorität sein. Nicht zuletzt für die Legitimation der EU ist es entscheidend, dass die EU und die Mitgliedstaaten gemeinsam in der Lage sind, für soziale Sicherheit und wirtschaftlichen Fortschritt zu sorgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Mitgliedstaaten als nächsten Schritt gemeinsame und verbindliche Maßnahmen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik mit Zielvorgaben, wie etwa gemeinsame Standards für Arbeitsbedingungen wie Lohn und Mindestlohn, Arbeitslosenversicherung und Mindesteinkommen verabschieden. Die Maßnahmen sollen dabei explizit als Mindeststandards organisiert sein, um die nationalen Standards nicht zu unterwandern. Sie sollen einen Anreiz setzen, damit die Mitgliedstaaten gemeinsame und bessere Sozialpolitik machen.

Außerdem sind höhere Investitionen in Bildung notwendig, besonders in politische Bildung, um Vorurteile abzubauen und um gegen den grassierenden Rassismus und Fremdenhass anzukämpfen. Globale Herausforderungen wie etwa der Klimawandel, das Artensterben, globale Flucht- und Wanderungsbewegungen, soziale Ungleichheit, ungerechte Verteilung von Ressourcen und die Sicherung von Frieden machen keinen Halt vor nationalstaatlichen Grenzen. Längst müssen diese Themen im supranationalen Kontext behandelt werden. Mit der Vereinbarung des Pariser Klima-Abkommens und der Agenda 2030 mit den nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) wurden internationale Leitlinien für eine nachhaltige Politik geschaffen.

Wir sprechen uns dafür aus, dass die genannten Leitlinien die Grundlage einer europäischen Politik bilden und konsequent – zusammen mit der jungen Generation – umgesetzt werden. Die EU muss in den kommenden Jahren einen ökologischen, sozialen und ökonomischen Wandel im Sinne einer generationengerechten Nachhaltigkeit einleiten und voranbringen, welcher eine sozial gerechte Lebenswelt mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verknüpft.

Darüber hinaus benötigt die EU eine langfristige Klimaschutzstrategie, die die Klimaneutralität bis 2050 zum Ziel haben muss. Nur so wird das Ziel des Pariser Abkommens von deutlich unter zwei Grad Erderwärmung erreicht. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen bis 2030 in der EU um mehr als die Hälfte reduziert werden, die Minderung von Energieverbrauch sowie die Steigerung von Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt werden. Die Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Energieträgern in Europa muss struktur- und sozialverträglich bis zu einer unabhängigen, klimaneutralen Wirtschaft abgebaut werden. Die vermeintliche Lösung für eine klimaverträgliche Energieversorgung darf dabei nicht in der Atomenergie gesucht werden.

Umweltverträgliche Mobilität muss strukturell gefördert werden. Die europäischen CO₂-Grenzwerte sollten für PKWs und leichte Nutzfahrzeuge verschärft werden. Zudem muss der Öffentliche Nahverkehr besonders im ländlichen Raum aus- und umgebaut werden. Nicht zuletzt muss auch der Gütertransport von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege verlagert werden.

Eine umwelt- und tiergerechtere Landwirtschaft mit möglichst regionalen Wertschöpfungsketten und strukturreichen Agrarlandschaften sollte das grundlegende Ziel einer europäischen Landwirtschaftspolitik sein. Dazu gehören auch hohe Tierschutz- und Umweltstandards, die auf EU-Ebene einheitlich festgelegt und ohne nationale Alleingänge umgesetzt werden müssen sowie die Gültigkeit von Luftreinhaltungs- und Klimagesetzgebung und ein zielgerichteter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Diese ökologischen Maßnahmen der Landwirt_innen sind durch die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union zu fördern. Diese Bemühungen reichen allerdings nicht aus. Vielmehr müssen Gesellschaft und insbesondere Wirtschaft ihren Verbrauch von Rohstoffen, wie etwa Kunststoff, in Europa und weltweit massiv eingrenzen. Die EU muss

hierfür Anreize, wie etwa eine Steuer auf Rohstoffen sowie auf umweltschädliche Wirtschafts- und Konsumbereiche, schaffen. Eine faire Handelspolitik mit außereuropäischen Ländern, besonders im globalen Süden, muss auch dort eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Ein weiterer Schritt muss die Abschaffung von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen sein.

Die Lebensrealität junger Menschen ist ein demokratisches Europa, in dem sie frei reisen und arbeiten können. Die heutige Generation – besonders in Westeuropa – ist mit offenen Grenzen und Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit aufgewachsen. Diese Freiheit ist zentral für die persönliche und berufliche Entwicklung junger Menschen und deren europäische Identität. Seit einiger Zeit werden wieder Grenzkontrollen vorgenommen. Das darf nicht passieren.

Ein demokratisches, offenes Europa wird zudem maßgeblich durch demokratisch verfasste Jugendverbände und Jugendringe als tragende Säulen der europaweiten Jugendarbeit, Jugendbildung und -partizipation gestaltet. Diese Strukturen sind die Säulen der praktisch-demokratischen Bildung und sorgen für ein hohes Maß an europäischer Teilhabe. Bei der Fördermittelvergabe aus öffentlichen Haushalten sollte es deshalb einen Bonus für demokratisch verfasste Organisationen der jungen Zivilgesellschaft geben. Abschottung ist keine politische Option. Wir fordern eine offene und menschenwürdige europäische Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik. Wir verurteilen das Geschehen an den europäischen Außengrenzen und die unmenschliche Flüchtlingspolitik in den Mittelmeerregionen. Es braucht eine gemeinsame Lösung und einen Neustart der europäischen Asylpolitik auf Basis der Menschenrechte. Wir stehen für sichere Wege in und nach Europa für alle Menschen, die in Europa leben möchten. Als junge Menschen wollen wir ein offenes und tolerantes Europa mit einem europäischen, humanitären Aufnahmeprogramm und keine menschenfeindliche Abschottungspolitik. Wir fordern legale Fluchtwege und setzen auf Lebensrettung an den europäischen Außengrenzen. Seenotrettung ist eine humanitäre Pflicht zur Rettung von Menschenleben und kein Verbrechen, das für politische Debatten instrumentalisiert werden darf. Nichtregierungsorganisationen, die mit ihrem Einsatz im Mittelmeer versuchen staatliches Versagen zu kompensieren, dürfen nicht kriminalisiert und behindert werden. Eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik ist die Aufgabe aller Mitgliedsstaaten. Die bestehende enge Definition des Asylbegriffs darf nicht dazu instrumentalisiert werden Menschen, die vor einer unwürdigen Lebenssituation fliehen, in unterschiedliche Kategorien einzuteilen. Auch dürfen zukünftig keine Waffen mehr an diktatorische und menschenrechtsunterdrückende Regimes verkauft werden. Die Europäische Union kann und soll – nach innen wie nach außen – ein Friedensprojekt bleiben.

Europa muss seiner globalen Verantwortung gerecht werden und gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Fehlentwicklungen, an denen die EU aus Eigeninteresse zum Teil aktiv beteiligt ist, wie beispielsweise die Zerstörung regionaler Integrationsprozesse auf dem afrikanischen Kontinent durch bilaterale Freihandelsabkommen, unterbinden. Nationale Egoismen und Abschottung dürfen nicht von der nationalstaatlichen Ebene auf die europäische Ebene übertragen werden. Die EU kann und muss nicht nur nach innen, sondern auch nach außen Solidarität leben.

Damit Europa nicht auseinanderbricht, wollen und müssen wir mit unserer Vision Europas mutig und laut werden. Auch wenn einzelne europäische und nationale Politiker_innen keine gute Arbeit leisten, dürfen die Existenz und die Errungenschaften der EU nicht in Frage gestellt werden. Ohne uns wird die Union nachhaltig und langfristig nicht funktionieren. Europa ist kein Projekt mehr. Europa ist Teil unseres Lebens.

Einstimmig beschlossen bei der DWJ-Bundesdelegiertenversammlung 2019, Paderborn, 31.03.2019